

Irrwege und Auswege

Guinea-Bissau nach dem Putsch im April 2012

EDITORIAL

Die Situation ist verfahren in Guinea-Bissau seit dem Militärputsch im April 2012. Die großen Parteien stehen sich unversöhnlich gegenüber und das Militär mischt kräftig mit. Die legitime Regierung sitzt in Portugal im Exil und externe Akteure versuchen Einfluss zu nehmen, um ihre eigenen Interessen durchzusetzen.

So haben z.B. die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft und einige ihrer führenden Mitglieder maßgeblichen Anteil an der jetzigen Ausweglosigkeit. Und es scheint viel darauf hinzudeuten, dass für sie strategische und ökonomische Machtinteressen und Revanchegelüste im Vordergrund stehen.

Dies geht nicht nur zu Lasten weiter Teile der bissau-guineischen Bevölkerung und einer nachhaltigen Stabilisierung des Landes, sondern beeinflusst auch negativ die Verfolgung gemeinsamer Interessen von Westafrikanischer Wirtschaftsgemeinschaft einerseits und Europäischer Union und USA andererseits.

Eine wirkungsvolle Zusammenarbeit im Kampf gegen den transatlantischen und transkontinentalen Drogenhandel sowie ein gemeinsames Vorgehen in Mali zur Eindämmung islamistischen Terrors, der große Teile Westafrikas gefährdet, werden auf diese Weise erschwert.

Christoph Kohl entwirrt das Interessengeflecht interner und externer Akteure, analysiert die Situation im Land und überlegt schließlich, wie eine Stabilisierung des Landes vielleicht in Gang gebracht werden könnte, zum Segen nicht nur der Region, sondern vor allem weiter Teile der Bevölkerung. *Karin Hammer*



In den letzten Jahren gelang es keiner Regierung, ihre volle Amtszeit durchzustehen. Immer wieder griff das Militär nach der Macht. Mit seiner überdimensionierten Armee scheint es einen unheilvollen Beitrag zur Instabilität des Landes zu leisten. Auf dem Foto zu sehen ist einer der gegenwärtigen Hauptakteure, der Armeeführer Indjai.

Foto: picture alliance/dpa

Christoph Kohl

Der unblutige Militärstreich vom 12. April 2012 rückte Guinea-Bissau kurzzeitig ins Licht der Weltöffentlichkeit. Der „Palastputsch“ stürzte das kleine westafrikanische Land erneut in eine tiefe politische Krise: Der durch Vermittlung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOWAS) gebildeten Übergangsregierung fehlt sowohl die Unterstützung der Regierungspartei als auch die Anerkennung der Vereinten Nationen, der Afrikanischen Union (AU), der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten (CPLP) und der Europäischen Union. Ein Ende des politischen Schwebezustands ist vorerst nicht in Sicht.

Auf den ersten Blick scheint Guinea-Bissau das ihm anhaftende stereotype Negativbild eines fragilen, intern zerrissenen und somit

„unreifen“ afrikanischen Landes erneut zu bestätigen. Der hier vertretene Standpunkt zeigt, dass nicht abgestimmtes, gegensätzliches politisches Handeln und konträre Einflussnahmen unterschiedlicher, eigeninteressierter externer Akteure die aktuelle Krise vertiefen und zu einem Klima politischer Instabilität beitragen. Deutlich wird, wie sehr Eigeninteressen und Handlungslogiken bissau-guineischer und internationaler Akteure mitunter in fatale Wechselwirkungen eintreten und in ihrer Kumulation ein folgenreicheres politisches Zeichen setzen.

Die bissau-guineische Politik ist sehr stark personalisiert und lässt einen programmgeleiteten „roten Faden“ weitgehend vermissen: Die politischen Akteure des Landes sind meistens weniger von hehren, wertbezogenen Zielen geleitet, als vielmehr von mitunter kurzfristigen Machtinteressen, auch mit Hilfe zum Teil variierender Al-

lianzen. Ein Ende der aktuell verfahrenen politischen Situation, so das Fazit, kann nur durch eine Annäherung der Akteure erreicht werden. Nur das kann zu einer für alle Akteure dienlichen (Re-)Stabilisierung Guinea-Bissaus beitragen und als Teil eines solchen Prozesses die Reform des Sicherheitssektors auf breiter gesellschaftlicher und politischer Basis gemeinsam vorantreiben.

Die geringe Größe und die marginale geographische Lage Guinea-Bissaus täuschen leicht darüber hinweg, dass das Land ein Drehpunkt für den Drogenhandel und die Arbeitsmigration in der Region ist. Dies verbindet Guinea-Bissau mit Mali, das als eine weitere Station von Drogen und Migranten auf dem Weg nach Europa gilt. Mali steckt seit dem Putsch im März 2012 selbst in einer tiefen Krise und droht die Region zu destabilisieren. Seitdem gelang es islamistischen Rebellen, die sich allem Anschein nach auch aus dem Transsahara-Drogenhandel finanzieren, große Teile des malischen Staatsterritoriums – Mali ist Transitland für Flüchtlinge nach Europa – unter ihre Kontrolle zu bringen. Guinea-Bissau und Mali dürfen also nicht isoliert betrachtet werden. Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft und Europäische Union sollten hier an einem Strang ziehen – auch wenn, wie ich zeigen werde, die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft im Falle Guinea-Bissaus Positionen vertritt, die nicht nur jener der Europäischen Union, sondern auch der eigenen Haltung gegenüber der Krise in Mali entgegengesetzt sind (faktische Anerkennung des Umsturzes vom April 2012 in Guinea-Bissau; Eintreten gegen den Putsch vom März 2012 in Mali). Auch im eigenen Interesse sollte sich nicht nur die Europäische Union, sondern auch Deutsch-

land – das aktuell nur ein Verbindungsbüro in Bissau unterhält – stärker für eine einvernehmliche Lösung der Krise einsetzen. Das Engagement Deutschlands würde von zahlreichen Bissau-Guineern begrüßt werden, da Deutschland hohes Ansehen genießt und keine Eigeninteressen in der Region verfolgt.

Zunächst werde ich die zentralen Akteure der aktuellen Krise vorstellen. Hierauf folgt ein kurzer historischer Abriss relevanter politischer Wegmarken. Der Hauptteil widmet sich der deskriptiven Analyse der Geschehnisse im Vorfeld und Nachgang des Putsches vom April 2012, um, so die Absicht, die Leser/innen mit der komplexen Gemengelage vor Ort vertraut zu machen. Abgerundet wird die Darstellung durch eine Erörterung möglicher Auswege aus der Krise.

Die Hauptakteure in der aktuellen Krise

Die politische Arena Guinea-Bissaus ist durch ein komplexes Geflecht nationaler und internationaler Akteure gekennzeichnet. Der durch persönliche Rivalitäten, Animositäten und Machtinteressen geprägte Schauplatz zeichnet sich durch – mitunter wechselnde – Allianzen zwischen nationalen und internationalen Akteuren aus.

Die Armee

Ein Hauptakteur ist die bissau-guineische Armee, aktuell geleitet durch António Indjai. Das Offizierskorps ist gespalten und durch gegensätzliche Interessen geprägt sowie in den Drogenhandel verwickelt. Im Allgemeinen sind die Streitkräfte schlecht ausgebildet, ausgerüstet und undiszipliniert und werden

seit dem Befreiungskrieg von Angehörigen der Ethnie der Balanta dominiert. Die aktuelle Armeeführung steht einer Reform des Sicherheitssektors ablehnend gegenüber.

Bis zum Putsch in der Opposition: Die PRS
Einen guten Draht zu Teilen der Armeeführung hat Kumba Yalá, selbst Balanta und Vorsitzender der Partei der Sozialen Erneuerung¹ (PRS). Als Staatspräsident (2000-03) regierte Yalá erratisch und populistisch. Yalá ist bei vielen Balanta, aber auch bei wenig gebildeten Bissau-Guineern populär, bei anderen aber wegen seines Machtstrebens und seiner Unbeständigkeit gefürchtet. Er wird häufig als Drahtzieher von Putschen und politischen Intrigen genannt. Die Anfang des Jahrtausends noch starke PRS hat in den letzten Jahren an Zustimmung eingebüßt und befand sich zuletzt, bis zum Putsch, in der Opposition. Yalá und seine PRS stehen einer Sicherheitssektorreform, Gomes und der PAIGC ablehnend gegenüber.

Langjährige Regierungspartei PAIGC

Die Afrikanische Partei für die Unabhängigkeit Guinea[-Bissaus] und der Kapverden² (PAIGC) ist seit den Wahlen von 2008 stärkste Kraft im Parlament und stellte bis zum Putsch die Regierung. Die PAIGC erkämpfte als Unabhängigkeitsbewegung die Unabhängigkeit (1973/74) und etablierte mit Hilfe von Verbündeten aus den kommunistischen und blockfreien Staatenlagern ein linksgerichtetes Einparteiensystem, das bis zu Beginn der neunziger Jahre Bestand hatte. Bis zur Jahrtausendwende war sie die tonangebende Partei im Land, verlor diese Stellung zwischenzeitlich jedoch an die PRS. In den letzten Jahren wurden verstärkt Spaltungen, Flügelkämpfe und persönliche Abneigungen innerhalb der Führung deutlich. Vorsitzender und bis zum Putsch von 2012 Premierminister war Carlos Domingos Gomes Júnior „Cadogo“. Er galt als Verfechter der von der internationalen Gemeinschaft angestrebten und konditionierten sicherheitspolitischen, administrativen und wirtschaftlichen Reformbestrebungen. Hauptstreitpunkt war die Reform des Sicherheitssektors, die von der Armeeführung abgelehnt wurde, fürchtete sie doch (begründeterweise) die Beschneidung ihrer Pfründe.

Umstrittener Freund: Angola

Im Rahmen der Bemühungen der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten um



Quelle: picture-alliance/
dpa-Grafik

eine Sicherheitssektorreform und mit Billigung der PAIGC-geführten Regierung entsandte Angola Anfang 2011 eine rund 200 Soldaten starke Militärmission nach Guinea-Bissau, die Angolanische Sicherheitsmission in Guinea-Bissau (MISSANG)³. Diese sollte die Aus- und Weiterbildung von Polizeieinheiten gewähren und auch polizeiliche Infrastruktur (u.a. ein Polizeiausbildungszentrum, Waffendepot, Innenministerium, Hauptpolizeirevier) aufbauen bzw. rehabilitieren. Oppositionspolitiker und Armeeingehörige werteten die starke angolanische Präsenz als Ausverkauf des Landes und Parteinahme zugunsten Gomes' und seiner PAIGC-geführten Regierung, dem sie auch wirtschaftliche Klüngelei mit den Angolanern vorwarfen. Die Angolanische Sicherheitsmission, so Kritiker, diene Angola zur Absicherung eines Projekts zum Abbau von Bauxit sowie zur Wahrung seiner Interessen im Erdöl- und Bankensektor Guinea-Bissaus. Für Argwohn innerhalb von Teilen der Bevölkerung sorgte der Umstand, dass Angola eines der besten Hotels in der Hauptstadt gekauft und für die Beherbergung von Mitarbeitern der Angolanischen Sicherheitsmission in Guinea-Bissau umfunktioniert hatte.

Gegenspieler Angolas: ECOWAS

Wichtigster Regionalakteur ist die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft. Einflussreichen Mitgliedsstaaten wie Nigeria, Senegal, Burkina Faso und der Elfenbeinküste stehen Länder wie Guinea, Kapverden, Gambia und Ghana gegenüber, die als Gomes und Angola nahestehend gelten. Die Kapverden und Angola gehören – neben Guinea-Bissau – zeitgleich der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten an, die Gomes und seiner abgesetzten Regierung beistand und die Angolanische Sicherheitsmission in Guinea-Bissau unterstützt hatte. Bereits im April 2010 warf die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Angola vor, seinen Einfluss auf Kosten des westafrikanischen Staatenbündnisses in der Region ausbauen zu wollen. Als Folge zog sich die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft aus der Kooperation mit der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten zurück und stornierte die zugesagte finanzielle Unterstützung der damals vereinbarten gemeinsamen Sicherheitssektorreform.

Zudem haben weder die aktuelle Regierung der Elfenbeinküste unter Alassane Ouattara,

noch die Regionalmacht Nigeria vergessen, dass Angola in dem 2010-11 schwelenden Konflikt in der Elfenbeinküste Laurent Gbagbo unterstützt hatte, weil es dort Interessen im Erdölsektor verfolgte. Das wirtschaftliche und politische Engagement Angolas in Guinea-Bissau stieß daher auf wenig Gegenliebe.

Auch dem Nachbar Senegal wird ein Interesse nachgesagt, Guinea-Bissau in politischer und ökonomischer Abhängigkeit zu halten. Hier dürfte das Anliegen Senegals eine Rolle spielen, die Rebellen in der Casamance von bissau-guineischer Unterstützung abzuschneiden und – wie in der Vergangenheit geschehen – gemeinsam mit der bissau-guineischen Armee gegen die Aufständischen in der Casamance vorzugehen. Die Casamance ist eine Enklave im äußersten Süden des Senegals zwischen Guinea-Bissau und Gambia. Guinea-Bissau dient Rebellen, die seit 1982 für mehr Autonomie der Casamance kämpfen, als Rückzugsgebiet.

EU und Gemeinschaft

Portugiesischsprachiger Staaten

Die Europäische Union hat ein vitales Interesse, den aus westlicher Sicht ineffizienten Sicherheitssektor zu restrukturieren und die Sicherheitskräfte adäquat zu schulen, um so v.a. den Drogenhandel und die Armutsflucht nach Europa zu unterbinden. Eine 2008-09 angelaufene Sicherheitssektorreform, die von der Europäischen Union finanziert und durchgeführt wurde und von Gomes und dem damaligen Generalstabschef gutgeheißen wurde, scheiterte 2010 maßgeblich am Widerstand von Teilen der in den Drogenhandel verstrickten Armee. Die Europäische Union steht in der aktuellen Krise zusammen mit der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten auf der Seite der abgesetzten Regierung Gomes. Sowohl die Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten, in der Angola und Portugal tragende Rollen zukommen, als auch die Europäische Union positionieren sich somit gegen die amtierende „Übergangsregierung“.

Wie kam es zu dem Putsch vom April 2012? Ein Rückblick

Nachdem sich Guinea-Bissau über Jahrzehnte hinweg durch politische und ökonomische Schwäche ausgezeichnet hatte,

Guinea-Bissau - Länderprofil

Bei einer Einwohnerzahl von nur 1,5 Millionen und einer Fläche von rund 36.000 qkm zählt Guinea-Bissau zu einem der kleinsten Länder in der Region. Das Land ist durch ein hohes Maß an ethnischer Vielfalt geprägt: Im Zensus werden über dreißig Ethnien gezählt – wobei ethnische Identifikationen mitunter fließend und überlappend sein können. Die Balanta zählen neben den Fula – regional auch als Peulh oder Fulbe bezeichnet – mit einem Bevölkerungsanteil von rund 25% zu den größten Ethnien des Landes. Von der Landbevölkerung wird häufig der starke Gegensatz zwischen Bissau und dem (Hinter-)Land betont und auf die Diskriminierung durch die städtische Oberschicht hingewiesen, der eine bedeutsame Rolle in der Politik zukommt.

Guinea-Bissau ist auch ein multi-religiöses Land: Christliche und muslimische Religionselemente mischen sich mit jenen lokaler Glaubensvorstellungen. Nominell dürfte der Islam die stärkste Religion sein, gefolgt vom Christentum.

Guinea-Bissau ist von großen sozioökonomischen Disparitäten gekennzeichnet und gilt als eines der ärmsten Länder weltweit. Die wirtschaftliche Lage der meisten Bissau-Guineer ist sehr prekär. Hauptbetätigungsfeld bildet die Subsistenzlandwirtschaft. Cashew-Kerne avancierten in den vergangenen Jahrzehnten zum bedeutendsten „Cash Crop“ (für den Export angebaute Nutzpflanzen). Einnahmen erzielt das Land außerdem aus der Vergabe von Fischereilizenzen. Der Tourismus ist kaum entwickelt. Bauxit-Vorkommen sollen in naher Zukunft ausgebeutet werden, während die Suche nach Erdölvorkommen bislang keine Früchte trug. Guinea-Bissau ist vom Handel mit seinen Nachbarländern, v.a. aber auch mit Portugal, Indien, Nigeria und China abhängig. Bis zum Putsch im April 2012 verzeichnete Guinea-Bissau eine positive Wirtschaftsentwicklung. Die staatliche Verwaltung zeichnet sich durch mangelnde Kapazitäten aus, Korruption ist verbreitet. Die Gesundheitsversorgung ist unzureichend, ebenso das Bildungssystem – über die Hälfte der Einwohner Guinea-Bissaus dürften Analphabeten sein.

schien 2011 wirtschaftlich ein Aufbruch in bessere Zeiten zu gelingen. Politisch schlugen die Wellen jedoch weiterhin hoch. Seit Jahren sieht sich Guinea-Bissau Vorwürfen der internationalen Gemeinschaft ausgesetzt, dem internationalen Drogenhandel zwischen Lateinamerika und Europa als wichtige Drehscheibe zu dienen. Führende bisau-guineische Militärs sollen maßgeblich in den Drogenhandel verstrickt sein.

Den Anfang der erneuten politischen Destabilisierung markierte der Tod des Staatspräsidenten Malam Bacai Sanhá im Januar 2012. Bereits im Vorfeld der daraufhin anberaumten Präsidentschaftswahlen wurde deutlich, dass Teile der politischen Opposition und des Militärs an einem sich abzeichnenden Sieg des seinerzeitigen Premierministers Gomes, der sich als aussichtsreicher Kandidat für das mit mehr Macht ausgestattete Amt bewarb, kein Interesse hatten. Der PRS und die Armee heizten die Stimmung mit Forderungen nach einem Abzug der Angolanischen Sicherheitsmission in Guinea-Bissau auf.

Als sich nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen tatsächlich ein Sieg Gomes' abzeichnete, lösten Klagen über angebliche Wahlfälschungen und Vorwürfe von Opposition und Armee gegen die Rolle Angolas den Staatsstreich aus.

Vorgeschichte: Von der Unabhängigkeit zu politischer Zersplitterung

Doch zunächst ein historischer Überblick: Seit der Unabhängigkeit 1973/74 wurde das kleine westafrikanische Land wiederholt von Staatsstreich und Putschversuchen heimgesucht. Gewaltsame Konflikte und ein Mangel an demokratischen Verfahren ziehen sich wie ein roter Faden durch die Geschichte des Landes der letzten beiden Jahrhunderte. Auch wenn die Aussagekraft von Rankings eingeschränkt ist, so weisen doch die hinteren Plätze, die Guinea-Bissau sowohl in Hinblick auf Demokratie („Democracy Index“; Platz 157 von 167) und menschlichen Entwicklungsstand („Human Development Index“; Platz 176 von 187) belegt, auf einige Grundprobleme des Landes hin. Trotz seiner geringen Größe war und ist die politische Sprengkraft im Land erheblich.

Als in den fünfziger Jahren Forderungen nach Selbstbestimmung und Unabhängigkeit verstärkt ertönten und das portugiesische Kolonialregime mit Repression reagierte, war dies 1961 der Startschuss für einen rund elfjährigen, blutigen Unabhängigkeitskrieg.

Doch auch die Unabhängigkeit brachte dem Land keine Ruhe: 1980 kam es zum ersten Staatsstreich, weitere folgten in den achtziger und neunziger Jahren. Die 1980 an die Macht gekommene Regierung unter dem Putsch-Anführer João Bernardo „Nino“ Vieira öffnete, unter Zutun von Weltbank und Internationalem Währungsfonds, ab Mitte der 1980er Jahre die Wirtschaft, was mittelfristig die sozioökonomischen Disparitäten im Land wachsen ließ. Während führende Politiker versuchten, Ethnizität zu politisieren, kam es in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zu einer politischen Öffnung, gekrönt von den ersten Mehrparteiwahlen 1994.

1998 brach ein Bürgerkrieg aus – der sog. „Conflito Militar“: Der von dem seit 1980 regierenden Vieira kurz zuvor abgesetzte Generalstabschef versuchte mit ihm ergebene Einheiten, den als korrupt verrufenen Vieira aus dem Amt zu jagen. Die beiden einstigen Verbündeten hatten sich über gegenseitige Anschuldigungen des Schmuggelns von Waffen an die Rebellen in der angrenzenden senegalesischen Region Casamance entzweit. Auf Grundlage eines Beistandsabkommens mit den Nachbarländern rief Vieira senegalesische und guineische Truppen zu Hilfe. Er erfuhr zudem Unterstützung durch Frankreich, das geostrategische Interessen verfolgte. Daraufhin wandte sich die Bevölkerung größtenteils der Junta um den ehemaligen Generalstabschef zu, die die als Invasoren wahrgenommenen ausländischen Truppen bekämpfte. Im Mai 1999 endete der Konflikt, und demokratische Wahlen brachten 2000 Kumba Yalá von der bis dato oppositionellen PRS an die Macht. Ein erneuter Putsch beendete die populistische Regierungsführung Yalás im Jahr 2003. Noch bevor die eingesetzte Interimsregierung 2006 Neuwahlen ansetzen konnte, wurde 2004 bei einer Meuterei der Generalstabschef ermordet, der im Jahr zuvor Yalá abgesetzt hatte. Immer deutlicher wurde, dass sich in der politischen Arena Guinea-Bissaus eine Logik der Rache und eines extremen Freund-Feind-Denkens ausbreitete. Politische Allianzbildungen und Fraktionalisierungen,

die hegemoniale staatliche Führungen kaum zulassen, traten zunehmend in den Vordergrund. Bereits zu jener Zeit kursierten Berichte, denen zufolge Guinea-Bissau zum Umschlagsplatz für lateinamerikanisches Kokain wurde.

Auch unter dem 2006 in einer Wahl wieder an die Macht gelangten Vieira setzte sich die Spirale der Gewalt und inneren Spaltung fort, in der die Interessen von Teilen des Militärs und der Politik mit Blick auf den Drogenhandel offenbar eine treibende Kraft waren. Unter Vieira spaltete sich zunehmend die ab 2004 wieder (mit-)regierende PAIGC in ein Für- und Gegen-Vieira-Lager. Eine lang anhaltende Fehde zwischen Vieira und dem seinerzeitigen Generalstabschef mündete schließlich in den gewaltsamen Tod beider im April 2009: Während der oberste Militär Opfer eines Bombenanschlages durch bislang unbekannte Täter wurde, ermordeten aufgebrachte Soldaten Vieira in der darauffolgenden Nacht. Einige weitere Vieira-Getreue wurden im Juni 2009 getötet bzw. flohen. In den Präsidentschaftswahlen setzte sich im Jahr 2009 der PAIGC-Veteran Sanhá durch. Die Anti-Vieira-Fraktion der PAIGC unter Gomes stellte seit Januar 2009 die Regierung. Die Gräben zwischen der Pro-Vieira- und der Pro-Gomes-Fraktion vertieften sich, und Gomes – ein Rivale Vieiras – wurde von Teilen der Bevölkerung als Auftraggeber der Tötung Vieiras – und möglicherweise auch des Generalstabschefs – beschuldigt.

Die Rolle Europas und Angolas

Indessen arbeitete Gomes als Premierminister gut mit der internationalen Staatengemeinschaft zusammen: Staatsschulden konnten durch Erlasse merklich reduziert werden, die Verwaltung wurde reformiert, die Wirtschaft gewann an Fahrt. Auch der neue Generalstabschef Zamora Induta folgte der Politik Gomes'. Jedoch wurde Induta am 1. April 2010 von seinem Stellvertreter Indjai festgenommen und abgesetzt, während Gomes – auch aufgrund öffentlichen Protests – von den meuternden Armeeeinheiten nach kurzer Zeit wieder freigelassen wurde und ins Amt zurückkehren konnte. Indjai wurde unter Protest der Europäischen Union im Juni von der Regierung als neuer Generalstabschef bestätigt. Die Europäische

Die Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten (CPLP)

Die Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten – oder, auf Portugiesisch, “Comunidade dos Países de Língua Portuguesa”, ist ein Staatenbündnis, das 1996 gegründet wurde und auf die wesentliche Initiative Portugals zurückgeht. Die Ursprünge der CPLP können in der Kolonialideologie („Lusotropikalismus“) Portugals im zwanzigsten Jahrhundert verortet werden. Dieser Ideologie zufolge, die die fortdauernde Kolonisierung einiger afrikanischer und asiatischer Territorien durch Portugal bis weit über die Mitte des vergangenen Jahrhunderts rechtfertigen sollte, zeichneten sich die Portugiesen, die im sechzehnten Jahrhundert ein weltumspannendes maritimes Kolonialreich begründet hatten, durch die einzigartige Fähigkeit aus, sich in den Tropen zu akklimatisieren und sich sozio-kulturell mit den dort lebenden Menschen zu vermischen – was die Realität nur unzureichend widerspiegelt. Ausgeblendet wurden Eurozentrismus, koloniale Hierarchien und Rassismus. Nachdem viele Kolonien – darunter auch Guinea-Bissau – nur mit Gewalt ihre Unabhängigkeit einfordern konnten, normalisierten sich die Beziehungen Portugals zu seinen einstigen Kolonien in den achtziger Jahren. Damit wurde die Gründung der CPLP möglich, der neben Portugal und seinen ehemaligen Kolonien Angola, Guinea-Bissau, Kapverden, Mosambik, São Tomé e Príncipe und Osttimor auch das mit Abstand bevölkerungsreichste portugiesischsprachige („lusophone“) Land der Welt angehört, Brasilien (www.cplp.org).

Union brach infolgedessen im August 2010 die europäische Sicherheitssektorreform ab und überließ das Feld anderen Akteuren, u.a. den Vereinten Nationen, der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft. Unmittelbar nach dem 1. April 2010 war die Entsendung einer internationalen militärischen Friedensmission im Gespräch. Doch die Armeeführung Guinea-Bissaus sprach sich strikt gegen diese auch von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft befürwortete Lösung aus. Die schließlich doch entsandte Angolanische Sicherheitsmission in Guinea-Bissau stieß auf das Misstrauen von Armee und politischer Opposition. Jedoch wurde die Mission von Präsident Sanhá, einem altgedienten Partei- und Staatsfunktionär mit guten Kontakten zur Armee, und von Gomes gutgeheißen – trotz gespannter Beziehungen zwischen beiden Politikern. Als es an Weihnachten 2011 offenbar zu einem Putschversuch von Militäreinheiten kam, retteten angolanische Sicherheitskräfte Gomes, Fürsprecher des angolanischen Engagements in Guinea-Bissau, vor einer Geiselnahme durch die Aufständischen. Die Grundlage für die aktuelle Krise war somit seit längerem gelegt. Der Tod von Staatspräsident Sanhá im Januar 2012 war lediglich Auslöser der Eskalation, den die einer Sicherheitsreform abgeneigten Kreise in der Opposition und im Sicherheitsapparat

für sich zu nutzen suchten. Sanhá hatte es bis dahin wiederholt vermocht, die Armeeführung zu besänftigen.

Die Wahlen vom März 2012

Die Wahlen für einen Nachfolger Sanhás wurden für den 18. März 2012 anberaumt, also entsprechend der in der Verfassung genannten Frist. Gemäß der Verfassung wurde Parlamentspräsident Raimundo Pereira Interimspräsident.

Insgesamt vierzehn Bewerber gaben ihre Kandidatur für die Präsidentschaft bekannt, darunter der bisherige Premierminister Gomes, der als Lieblingskandidat der internationalen Gemeinschaft angesehen wurde. Gomes genießt auch innerhalb der Bevölkerung ein gewisses Ansehen, ist allerdings wegen seines kontroversen, selbstbewussten Führungsstils umstritten. Gomes trat zwar nicht von seinem Amt zurück, übergab die Amtsgeschäfte – ein juristisch fragwürdiges Manöver – aber an die Ministerin für Präsidentschaftsamt, Parlamentsfragen und Öffentlichkeitsarbeit, um kandidieren zu können. Zur Verwirrung trug zusätzlich bei, dass Gomes ein Schreiben vom April an den Generalsekretär der Vereinten Nationen nichtsdestotrotz als Premierminister unterschrieb. Ein weiterer Kandidat war Ex-Präsident Kumba Yalá (PRS). Unter den Kandidaten befand

Die Armee Guinea-Bissaus

Die Armee Guinea-Bissaus ist mit rund 7000 Angehörigen überdimensioniert. Zudem besteht ein extremes numerisches Missverhältnis zwischen Offizierskorps und den Soldaten, die in aller Regel schlecht ausgebildet, ausgestattet und untergebracht sind. Die Balanta sind innerhalb der Streitkräfte stark präsent. Dies kann auf den Kolonialkrieg zurückgeführt werden, als die Befreiungsbewegung PAIGC Kämpfer v.a. in den befreiten Gebieten an der Grenze zu Guinea rekrutierte, die mehrheitlich von Balanta bevölkert ist.

Der jüngste Bericht der International Crisis Group hat eindringlich auf die Wahrnehmungslogik vieler Soldaten hingewiesen. Häufig stammen sie aus abgelegenen, ländlichen Gebieten, die wirtschaftlich benachteiligt sind und stärker noch als Bissau und regionale Subzentren von gerontokratischen, mitunter autoritären Strukturen gekennzeichnet sind, die „westlichen“, „demokratischen“ Werten partiell entgegengesetzt sind.



João Bernardo „Nino“ Vieira führte 1980 einen Putsch an und bestimmte lange Jahre die Politik. 2009 wurde er von Soldaten ermordet. Foto: Kohl/HSEK

sich auch Übergangsparlamentspräsident Manuel Serifo Nhamadjo, eines von zwei PAIGC-Mitgliedern, die als Unabhängige kandidierten und die Risse innerhalb der Regierungspartei verdeutlichten.

Wie bereits im Jahr zuvor organisierten fünfzehn in einem Oppositionsbündnis zusammengeschlossene Parteien – von der PRS angeführte außerparlamentarische Gruppen – am 1. März 2012 eine Protestkundgebung gegen Gomes und die regierende PAIGC. Standen 2011 die sich hinziehende Aufklärung der Morde an Vieira und dem ermordeten Generalstabschef im Vordergrund, so warf die Plattform Gomes nun vor, staatliche Ressourcen für seinen Wahlkampf zu veruntreuen. Viel bedeutsamer war aber, dass die Amtsübergabe an die Ministerin von der Opposition heftig kritisiert wurde. Es stehe Interimspräsident Pereira gemäß Verfassung nicht zu, eine/n Premierminister/in zu ernennen oder zu entlassen. Ein weiterer Kritikpunkt waren die seit 2009 nicht aktualisierten Wählerverzeichnisse, was viele Jugendliche von der Wahl ausschloss. Zudem, so das Bündnis, seien falsche Wahlkarten ausgegeben worden. Als letztendlich fatal für den politischen Stabilisierungsversuch sollte sich aber die heftige Kritik an der Angolanischen Sicherheitsmission in Guinea-Bissau herausstellen. Das Oppositionsbündnis forderte den Abzug der als ausländische Interventionsmacht dargestellten Mission.

Der Beginn der Wahlen am 18. März stand unter keinem guten Stern: Am Vorabend

wurde der ehemalige Chef des Militärgenheimdienstes unter dem am 2010 abgesetzten Generalstabschef Induta ermordet. Er hatte die Sicherheitssektorreform unterstützt. Induta selbst, nach monatelangem Militärgewahrsam unter unklaren rechtlichen Voraussetzungen wieder auf freiem Fuß, floh deshalb kurz nach den Wahlen in die Vertretung der Europäischen Kommission in Bissau, was zirkulierenden Gerüchten um einen bevorstehenden Militärputsch weiteren Auftrieb verlieh.

Wie von vielen internationalen Beobachtern erwartet, gewann Gomes die Wahlen zwar mit weitem Stimmenabstand (49%). Da er jedoch die absolute Mehrheit verfehlt hatte, musste er in die Stichwahl gegen Kumba Yalá, der 23% erhalten hatte und damit unter seinen Ergebnissen der Vergangenheit blieb. Nhamadjo folgte auf Platz drei.

Zwei Tage nach der ersten Runde der Präsidentschaftswahlen, am 20. März, beschuldigten fünf Präsidentschaftsbewerber, darunter Yalá, Rosa und Nhamadjo, Gomes der Wahlfälschung. Erneut wurde der ausgebliebene Wahlzensus kritisiert, während die fünf Kandidaten die Annullierung der ersten Runde forderten und einen Boykott der zweiten Runde erklärten. Viele Bissau-Guineer betrachteten die Anschuldigungen als glaubwürdig. Die niedrige Wahlbeteiligung von 55% könnte als ein Indikator für das mangelnde Vertrauen in den Wahlprozess gedeutet werden.

Eine Wahlbeobachtermission der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten stufte die Wahlen am selben Tag hingegen als frei, fair und transparent ein, ähnlich auch Afrikanische Union und Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft. Auch die Nationale Wahlkommission verwarf die Einsprüche am 28. März und verschob die zweite Runde um eine Woche auf den 29. April. Doch Yalá lenkte nicht ein und wandte sich auch gegen internationale Vermittlungsversuche. Was Yalás Einwände wenig glaubwürdig macht, ist, dass er nach allen drei Präsidentschaftswahlen, an denen er teilgenommen hat, lautstark Fälschungen zu seinen Ungunsten beklagte, ohne dass eine solche einseitige Benachteiligung hätte belegt werden können.

Nach anhaltender Kritik der „Demokratischen Opposition“ als auch des Generalstabschefs erklärte sich Angola am 9. April bereit, die Angolanische Sicherheitsmission

in Guinea-Bissau abzuziehen, was am 10. April bekannt gegeben wurde.

Widersprüchliche Reaktionen des Auslandes auf den Putsch vom April 2012

In der Nacht vom 12. zum 13. April setzten Soldaten Gomes und Interimspräsident Pereira fest. Die internationale Gemeinschaft, darunter Vereinte Nationen, Afrikanische Union, Europäische Union, Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten und Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, verurteilten den Militäreingriff zunächst einhellig. Ein selbst ernanntes „Militärkommando“ kündigte an, die Rückkehr zur politischen und verfassungsmäßigen Ordnung und zu einer Atmosphäre des politischen Konsenses einleiten zu wollen. Nachdem der „starke Mann“ wie auch die Zusammensetzung des Militärkommandos zunächst im Unklaren blieben, kristallisierte sich bald heraus, dass Generalstabschef Indjai hinter dem Putsch stand. In einer Stellungnahme ließen die Putschisten wissen, Ziel ihrer Intervention sei nicht die Übernahme politischer Macht. Vielmehr gehe es um die Verteidigung der bissau-guineischen Armee gegen eine angeblich bevorstehende, von Afrikanischer Union, Ghana und Brasilien gestützte Absetzung durch die Angolanische Sicherheitsmission in Guinea-Bissau. Diese habe Material, das für die bissau-guineischen Streitkräfte bestimmt gewesen sei, unterschlagen. Diese Unterstellung war angesichts des längst beschlossenen Abzuges der angolanischen Mission grotesk. Das „Militärkommando“ gab vor, im Besitz eines geheimen, von Gomes und Pereira unterzeichneten Dokuments zu sein, das den Umsturz rechtfertigen würde, blieb den Beweis aber schuldig. Binnen weniger Tage gaben die Putschisten noch eine andere Begründung für den Putsch: Gomes und Pereira hätten ein Schreiben an die Vereinten Nationen gesandt, in dem sie um die Entsendung einer Friedenstruppe baten. Als Beleg legte die Junta einen Brief von Gomes vom 9. April vor, in dem er den Generalsekretär der Vereinten Nationen um eine Friedensbildungsoperation in Guinea-Bissau bat.

Viele Bissau-Guineer schienen den Vorwürfen Glauben zu schenken und machten Gomes somit für den Putsch mitver-

antwortlich. Dennoch scheinen große Teile der Bevölkerung eine friedliche Beilegung der aktuellen Krise und eine Bestrafung der Putschisten zu befürworten, sind sie doch der wiederholten Einmischungen der Armee müde.⁴ In der Folgezeit kritisierten Junta und Politiker der „Transitionsphase“ wiederholt Gomes persönlich. Sie warfen ihm Drogenhandel, Korruption, Nepotismus – dem Geschäftsmann gehören mehrere Unternehmen in Guinea-Bissau, die offenbar auch von Staatsaufträgen profitierten – und die Monopolisierung der PAIGC für seine Zwecke vor. Dessen ungeachtet setzte sich international die Ansicht durch, der Putsch habe – allen Schutzbehauptungen der Junta zum Trotz – primär zum Ziel gehabt, die Sicherheitssektorreform zu einem vorzeitigen Ende zu bringen, da sie die Machtinteressen und lukrativen wirtschaftlichen Interessen führender Militärs, vornehmlich aus dem Drogenhandel, bedrohten. Der Abzug der Angolanischen Sicherheitsmission in Guinea-Bissau war ohnehin bereits vor dem Staatsstreich beschlossen worden.

Als die Putschisten am 14. April die Opposition zur Gründung einer Übergangsregierung einluden, bestanden sie entgegen früheren Verlautbarungen auf der Kontrolle des Innen- und Verteidigungsministeriums. Auch der Parteivorsitzende der PRS und ehemalige Staatspräsident Yalá nahm an dem Treffen teil und nährte damit den Verdacht, er habe mit der Armeeführung den Putsch von langer Hand geplant. Möglicherweise, so Gerüchte in Bissau, wollte Yalá so an die Macht gelangen, die er in den Wahlen nicht hatte erringen können. Schließlich hatte Yalá bereits nach der Gefangennahme des Generalstabschefs Induta 2010 die Ernennung Indjais zum Oberbefehlshaber der Armee begrüßt und somit die Unterminierung der verfassungsmäßigen Ordnung gutgeheißen. Dementsprechend machte Angola Yalá für den Staatsstreich verantwortlich, was dieser und die Junta jedoch von sich wiesen.

Die Führung der bis zum Putsch mit einer Zweidrittel-Parlamentsmehrheit regierenden PAIGC lehnte Gespräche mit der Junta ab. Die Oppositionsparteien kamen mit der Junta am 17. April überein, einen Nationalen Übergangsrat zu bilden, was die Außerkraftsetzung der Verfassung und die Auflösung staatlicher Institutionen beinhaltet. Parlamentspräsident und Präsidentschaftsbewerber Nhamadjo (PAIGC), ein parteiin-

terner Gegner Gomes', sollte als Übergangspräsident, einer der führenden Köpfe in der PRS und Intimus von Yalá als Übergangspräsident fungieren. Nach harscher Kritik der internationalen Gemeinschaft, u.a. von Vereinten Nationen, Afrikanischer Union (die Guinea-Bissau suspendierte), Westafrikanischer Wirtschaftsgemeinschaft und Europäischer Union, verurteilten die fünf Präsidentschaftskandidaten jedoch kurz darauf den Putsch und erklärten, sich nicht an einer Übergangsregierung beteiligen zu wollen. Offenbar waren sie von der internationalen und breiten zivilgesellschaftlichen Ablehnung überrascht. Ein Großteil der Bevölkerung brachte seine Ablehnung durch Streiks und Boykotte zum Ausdruck.

Allerdings wurden schnell Risse in der Anti-Putsch-Front sichtbar: Für Irritationen sorgte, dass Nhamadjo – als parteiinterner Rivale Gomes' – von der Junta als Interimspräsident ernannt wurde. Dieser bestritt jedoch, jemals einen entsprechenden Auftrag erhalten zu haben, und betonte, dass er eine Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung anstrebe.

Die Rolle der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft

Die Zeit spielte den Putschisten und ihren Kollaborateuren in die Hände, wozu maßgeblich auch das Verhalten der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft beitrug: Sie erhöhte zunächst den Druck auf die Putschisten, erreichte die Freilassung Gomes' und Pereiras, die Nichtauflösung des gewählten Parlaments, und dass die Junta eine Friedenstruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft akzeptieren musste, die an die Stelle der Angolanischen Sicherheitsmission in Guinea-Bissau treten würde. Im Mai wich die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft dann nach und nach von ihrer anfänglichen Null-Toleranzpolitik entsprechend ihrer Richtlinien ab, die sie offenbar den geostrategischen und wirtschaftlichen Interessen bedeutender Mitgliedstaaten opferte: Während sie zwar formal bei ihrer Forderung nach einer Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung blieb und die Durchführung der Sicherheitssektorreform unterstrich, war nun die Rede von einer zwölfmonatigen Übergangszeit, die das „Militärkommando“ akzeptierte. Bereits

ECOWAS

Die 1975 gegründete Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft („Economic Community of West African States“), kurz ECOWAS, ist eine westafrikanische Staatengemeinschaft, der aktuell fünfzehn Mitgliedstaaten angehören, namentlich Benin, Burkina Faso, Gambia, Ghana, Guinea, Guinea-Bissau, Elfenbeinküste, Kapverden, Liberia, Mali, Niger, Nigeria, Senegal, Sierra Leone und Togo.

Dominantestes Mitglied ist Nigeria, das bevölkerungsreichste Land Afrikas und zugleich die stärkste Wirtschaftsmacht der Region. In seiner Hauptstadt Abuja befinden sich die Institutionen der ECOWAS. Obwohl dem Namen nach eine wirtschaftliche Organisation, hat sich die ECOWAS seit ihrer Gründung sukzessive auch zu einem politischen Bündnis gewandelt. In wirtschaftlicher Hinsicht sind die ECOWAS-Staaten jedoch von einem einheitlichen Finanz- und Wirtschaftsraum noch entfernt: Während einige Mitglieder der Westafrikanischen Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA) mit dem CFA-Franc als Währung angehören, haben andere Staaten die Westafrikanische Währungszone gegründet, um eine gemeinsame Währung zu gründen; außen vor bleiben die Kapverden. (www.ecowas.int)

am 26. und 29. April hatte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft die Junta aufgewertet, indem sie sie zu den Gipfeln in Abidjan (Elfenbeinküste) und Banjul (Gambia) einlud.

Spätestens nach dem Gipfel der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft in Dakar am 3. Mai war der Kurs klar: Das Bündnis machte große Zugeständnisse an die Junta. Das Bündnis forderte eine Friedenstruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, die Ernennung einer Übergangsregierung und eines Übergangspräsidenten, wobei der Name des PAIGC-Abweichlers Nhamadjo fiel. Ihm und ihm nahestehenden Personen wurde eine Nähe zu Nigeria bzw. Burkina Faso nachgesagt. Mit ihrem Einlenken durchbrach die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft die bis dato verfolgte Linie nach einer Rückkehr zu den Verhältnissen vor dem Putsch, wie sie etwa Vereinte Nationen, Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten und Europäische Union verfochten. Entsprechende Kritik erhielt die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft nicht nur von der Exilregierung unter Gomes (die sich zum Teil in Lissabon aufhält und dort von der portugiesischen Regierung empfangen wurde), sondern auch seitens der bislang regierenden PAIGC, von der Europäischen Union, aus Teilen der bissau-guineischen Zivilgesellschaft und der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten, die allesamt die Rückkehr zum Status quo ante forderten. Von zentraler Bedeutung für die inkonsistente Haltung der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft sind, wie oben erläutert, offensichtlich geostrategische Interessen und Revanchekalküle gegen Angola von Seiten einiger ihrer Mitglieder, darunter Nigeria, Elfenbeinküste und Senegal, die sich offenbar gegen andere Mitglieder der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft durchsetzen konnten.

Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft schlug vor, dass das Parlament einen neuen Vorsitzenden wählt, der – gemäß der Verfassung – als Interimspräsident fungieren sollte. Die PAIGC protestierte gegen eine solche verfassungsmäßig fragwürdige Lösung und verwies auf Pereira. Er hatte bis zu seiner Absetzung durch die Junta als bisheriger Parlamentsvorsitzender die präsidialen Amtsgeschäfte interimistisch geführt. Die Armeeführung verweigerte Pereira eine Rückkehr ins Amt, und so schlug die Westafrikanische

Wirtschaftsgemeinschaft – namentlich Nigeria und die Elfenbeinküste – Nhamadjo als Übergangspräsident vor. Dessen Nominierung wurde von der PRS sofort anerkannt, wohingegen die PAIGC sowie die Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten, die AU und die Europäische Union der Übergangsregierung bisher die Anerkennung verweigern. Während sich die USA noch im Mai für eine Zusammenarbeit mit Nhamadjo aussprachen, relativierte ein Vertreter der US-Botschaft in Dakar im Juni diese Aussage. Der Schlingerkurs der USA setzte sich fort mit der Aussage eines US-Diplomaten Anfang August, man unterstütze die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, wohingegen die USA in der Folgezeit wieder auf einen Kurs gegen die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft einschwenkten.

Am 22. Mai wurde ein Pakt über die Politische Transition unterzeichnet. Er schrieb eine einjährige Übergangszeit fest, die Kompetenzen des Übergangspräsidenten jenen eines konform der Verfassung gewählten Staatsoberhauptes anglich sowie die Amtsperiode des bissau-guineischen Parlaments über den November 2012 hinaus bis zur Wahl neuer Abgeordneter, geplant für April 2013, verlängerte. Die PAIGC boykottierte die Zeremonie und rief ihrerseits mit befreundeten Parteien und Organisationen eine Plattform gegen den Putsch ins Leben.

Ende Mai trafen Einheiten einer 629 Mann starken Friedenstruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft (ECOMIB) in Bissau ein, die die Angolanische Sicherheitsmission in Guinea-Bissau ablöste und die Transitionsphase sowie die Realisierung der Sicherheitssektorreform begleiten sollte. Die Truppe besteht aus Polizei- und Militärkontingenten Nigerias, Burkina Fasos und Senegals. Dies eröffnet die Frage, ob die Intention der Mission nicht eher den Schutz der Junta und die Wahrung von Interessen der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, denn die Wiederherstellung einer verfassungsmäßigen Ordnung betrifft. Anders als die Angolanische Sicherheitsmission in Guinea-Bissau sind die Einheiten der Friedenstruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft zunächst in Kasernen untergebracht, die mitunter weit von Bissau entfernt sind und somit Regime und Armee Freiräume lassen.

Der Sicherheitsrat der Vereinten Nationen sprach sich in Resolution 2048 am 19. Mai

einstimmig gegen den von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft eingeschlagenen Weg aus und forderte erneut die Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung, das Ende der Einmischung der Armee in die Politik sowie die Fortführung der durch den Putsch abgebrochenen Wahlen in Guinea-Bissau. Damit vertiefte sich der Graben zu dem westafrikanischen Staatenbündnis.

Übergangsregierung von Gnaden der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft

Mitte Mai ernannte Nhamadjo Rui Duarte de Barros zum Übergangspräsidenten. Barros hatte ab 2003 für die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion (UEMOA)⁵ gearbeitet und war als Mitglied der PRS von 2001 bis 2003 unter Präsident Yalá Finanzstaatssekretär und -minister gewesen. Zu seiner Übergangsregierung, der keine PAIGC-Mitglieder angehören, zählen auch zwei Militärs. u.a. im Verteidigungsressort. Außenminister wurde ein ehemaliger Premierminister aus der PRS. Die Junta löste sich noch am selben Tag auf. Diese Personalwahlen, die rasche Anerkennung durch die PRS sowie der Vorsitz des Parlaments durch einen engen Vertrauten Yalás unterstrichen die starke Stellung der bisherigen Oppositionspartei PRS, deren Vormacht nicht demokratisch legitimiert ist. Das Regierungsprogramm bezeichnet die Vorbereitung von Wahlen, die Stärkung von Justiz und den Kampf gegen Straflosigkeit, das organisierte Verbrechen, Drogenhandel und Korruption sowie die Durchführung einer Sicherheitssektorreform als Ziele. In einem Abkommen beschlossen die Oppositionsparteien und die Junta u.a. die Unterordnung des Militärs unter die Politik.

Den Anführern des Putsches legten die Vereinte Nationen, die Europäische Union und die Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten unterdessen Sanktionen auf. Das Europäische Parlament forderte im Juni die umgehende Wiederherstellung der Demokratie, der Freiheitsrechte und die Wiedereinsetzung von Gomes und Pereira bei Ablehnung der „Übergangsregierung“ und zeigte Interesse an einer Wiederaufnahme der 2010 beendeten europäischen Sicherheitssektorreform. Die Forderungen nach einer Rückkehr zum Status quo ante wur-



Die Unabhängigkeit 1974 brachte Guinea-Bissau die Freiheit - und viele neue Probleme. Hier auf dem Foto ist der 1999 zerstörte Präsidentenpalast zu sehen, der den Portugiesen als Gouverneurspalast diente.

Foto: Kohl/HSFK

den von der Übergangsregierung und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft als unrealistisch und als Gefahr für den Frieden im Land abgekanzelt – eine fragwürdige Haltung, legitimierte die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft doch mit ihrer Linie die Anerkennung der „unfriedlichen“ Armeeintervention und die Abkehr von der konstitutionellen Ordnung. Viele bi- und multilaterale Partner, so auch die USA, froren Gelder ein und legten Kooperationen weitgehend auf Eis. Einzig die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft kooperiert bisher mit der Übergangsregierung. Ein Memorandum zur Zusammenarbeit zwischen Guinea-Bissau und der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft im Bereich Sicherheitssektorreform wurde im November beschlossen. Doch bleiben erhebliche Zweifel bestehen, wie die Übergangsregierung sowie die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft angesichts ausbleibender anderweitiger finanzieller Hilfen diese Herausforderungen lösen wollen – ganz zu schweigen von der Herausforderung der Entlohnung der Staatsangestellten.

Nachdem die internationale Anerkennung der Übergangsregierung in Guinea-Bissau ausblieb, riefen sowohl de Barros als auch die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft Anfang Juli zur Anerkennung auf und verwiesen auf die internationale Legitimation (sprich: durch die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft) und die vermeintliche Verfassungsmäßigkeit der Regierung. Die Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft hob zudem letzte noch bestehende Sanktionen auf, um so den Weg für Finanzhilfen durch sie selbst, die Westafrikanische Entwicklungsbank und die Westafrikanische Wirtschafts- und Währungsunion frei zu machen – die einzigen Institutionen, die

Guinea-Bissau aktuell finanziell stützen. Die Übergangsregierung sprach sich für Reformen mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft als Antriebsmotor aus und stellte sich somit gegen Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten und andere multilaterale Partner. Auch die Kosten für die Wahlen im kommenden Jahr würden von der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft getragen, die zudem die Verantwortung für die Organisation übernehme. Im Gegenzug entschied die Übergangsregierung Ende August, ein Kontingent im Rahmen der Mission der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft nach Mali zu entsenden.

Verfahrenre politische Situation

Den Bemühungen um Anerkennung versetzte der Ausschluss der Übergangsregierung vom Gipfel der Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten in Mosambik im Juli einen Dämpfer. Stattdessen lud die Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten den abgesetzten Interimspräsidenten Pereira ein. In der Sitzung der Generalversammlung der Vereinten Nationen Ende September wurde Nhamadjo nicht das Wort erteilt; stattdessen wurde Pereira als Vertreter Guinea-Bissaus gelistet, der jedoch von Vertretern der Gruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft blockiert wurde.

Einem Hilferuf glich die Forderung des Übergangsfinanzministers, der im August um die Wiederaufnahme der Finanzhilfen und Projekte u.a. durch Weltbank, Afrikanische Entwicklungsbank und Europäische Union bat. Unterdessen wechselte die Übergangsregierung im August eine Reihe von Botschaftern in Europa und in Washington aus und ernannte einen neuen Generalstaats-

Zum Weiterlesen

Etwas ältere Darstellungen, die aber einen guten, allumfassenden und profunden Einblick in Geschichte, Gesellschaft, Kultur, Politik und Wirtschaft Guinea-Bissaus geben:

Forrest, Joshua (1992): Guinea-Bissau: Power, Conflict, and Renewal in a West African Nation. Boulder, San Francisco, Oxford: Westview Press.

Galli, Rosemary E./Jones, Jocelyn (1987): Guinea-Bissau. Politics, Economics and Society. London, Boulder: Francis Pinter, Lynne Rienner.

Jahresaktuelle Überblicksdarstellungen:

Kohl, Christoph (2008ff.): Guinea-Bissau. In: Mehler, Andreas; Melber, Henning; van Walraven, Klaas (Hrsg.): Africa Yearbook. Politics, Economy and Society South of the Sahara in 2008ff. Leiden, Boston: Brill.

Aktuelle Berichte zur politischen Situation in Guinea-Bissau:

Amnesty International (2012): Guinea-Bissau: Amnesty International's concerns following the coup in April. London. <http://bit.ly/UiTyB1> (14.1.13).

Gorjão, Paulo/Seabra, Pedro (2012): Guinea-Bissau: Can a Failed Military Coup be Successful? In: IPRIS (Instituto Português de Relações Internacionais e Segurança) Viewpoints 95. www.ipris.org/php/download.php?fid=722 (14.1.13).

International Crisis Group (ICG) (2012): Au-delà des compromis: les perspectives de réforme en Guinée-Bissau. In: Africa Report 183. <http://bit.ly/V8tU2T> (14.1.13).

International Crisis Group (ICG) (2012): Beyond Turf Wars: Managing the Post-Coup Transition in Guinea-Bissau. In: Africa Report 190. <http://bit.ly/RR8tDI> (14.1.13).

anwalt. Das diplomatische Personalkarussell kann als Versuch gedeutet werden, politisch Tritt zu fassen und Stärke gegenüber den Vereinten Nationen und der Europäischen Union zu demonstrieren. International bleiben die Fronten gegenwärtig verhärtet. Allerdings scheint sich ein einstiger Rivale und heutiger Gefolgsmann Gomes, Braima Camará, als Anwärter auf den aktuell vom im Exil befindlichen Gomes gehaltenen PAIGC-Vorsitz und somit als potentieller Präsidentschaftskandidat in Stellung zu bringen, womit die bisher strikte Ablehnung des „Übergangsprozesses“ durch die PAIGC aufgeweicht würde. Im September und Oktober drangen Berichte an die Öffentlichkeit, denen zufolge Indjai geschwächt ist, ablesbar u.a. an der Tatsache, dass er am Nationalfeiertag nicht wie beabsichtigt Beförderungen ankündigen konnte.

Spaltungen innerhalb des Militärs scheinen sich zu vertiefen. Teile der Armee hinterfragen kritisch, offenbar ermutigt durch Yalá, die Blamage Nhamadjos bei den Vereinten Nationen. Zudem verschlechtern sich in den Kasernen die Lebens- und Unterkunftsbedingungen, was zu steigender Unzufriedenheit unter den Offizieren und zur weiteren Verschlechterung des Ansehens der Armeeführung beiträgt. Zur Beruhigung der Situation sollte angeblich die Wiedereinsetzung eines ehemaligen, in Drogenhandel, Intrigen und Putsch verstrickten, bei vielen Soldaten aber beliebten ehemaligen Marinechefs beitragen, dessen Verhältnis zu Indjai jedoch spätestens seit seiner Inhaftierung durch letzteren im Dezember 2011 als belastet gilt. Auch das Verhältnis zwischen Armeeführung und Übergangsregierung einerseits und der Friedenstruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft andererseits scheint angesichts der schlechten Unterkünfte und des nicht absehbaren Endes der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft-Militärmission belastet. Zur weiteren Belastung trägt bei, dass dem kleinen senegalesischen Kontingent eine geheime Agenda nachgesagt wird – eine Operation der Armeeführung mit senegalesischer Unterstützung gegen Casamance-Rebellen.

Dass die Friedenstruppe der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, die vorgeblich der Sicherung der Stabilität in Guinea-Bissau dient, wenig auszurichten vermag, zeigten die Ereignisse von Ende Oktober: Eine Gruppe Unbekannter attackierte

eine Kaserne in Bissau, sechs Tote waren die Folge. Die Übergangsregierung beeilte sich, den von ihr als „Putschversuch“ deklarierten Angriff Gomes und der portugiesischen Regierung in die Schuhe zu schieben. Tags darauf drangen Soldaten in den PAIGC-Sitz ein, entführten und folterten zwei Oppositionelle, die den „Übergangsprozess“ ablehnen, schwer. Schnell wurde ein Schuldiger als Anführer des Überfalls dingfest gemacht, doch bleiben erhebliche Zweifel an der offiziellen Darstellung bestehen. Eine Inszenierung durch das aktuelle Regime kann nicht ausgeschlossen werden, das sich so Solidarität und Unterstützung erhoffte.

Wie weiter? Wege aus der Krise

Entgegen den offiziellen Verlautbarungen der Übergangsregierung scheinen die Sanktionen ihre Wirkung nicht zu verfehlen, worauf Äußerungen des Finanzministeriums hindeuten. Die Wirtschaft Guinea-Bissaus verzeichnete angesichts der fortdauernden politischen Krise 2012 einen Einbruch des zuvor dynamischen Wirtschaftswachstums. Stattdessen scheint seit dem Staatsstreich der Drogenhandel in Guinea-Bissau anzuwachsen, wie USA und Vereinte Nationen berichteten. Darauf deuten etwa Auswertungen von Satellitenbildern hin, die ein Ansteigen des Verkehrs von Kleinflugzeugen auf abgelegenen Flugpisten Guinea-Bissaus zu belegen scheinen. Die Validität der oftmals vorgebrachten Daten zum Umfang des Drogenhandels bleibt jedoch umstritten. So erklärte etwa die International Crisis Group, dass die Kokainpreise in Bissau wieder stiegen, was eher auf ein zurückgehendes Angebot hindeutete. Auch die Korruption sei unter der Übergangsregierung angestiegen. Fortdauernde Streiks im Gesundheitssektor sowie die offenbar ansteigende Bandenkriminalität in Bissau machten der Regierung zu schaffen, und der Verkauf eines der wichtigsten Exportgüter, Cashew-Kerne, lief 2012 infolge mangelnder Nachfrage schlecht. Für viele Kleinbauernfamilien wird das nicht nur erhebliche finanzielle Einbußen, sondern Hunger bedeuten, da sie Cashew häufig gegen importierten Reis – das Hauptnahrungsmittel in der Region – tauschen.

Das Auffinden der Leiche eines PAIGC-Politikers im Juli 2012 – er galt als Konkurrent Gomes' und seit dem Putschversuch im

Dezember 2011 als verschollen – bestätigte das Klima von Gewalt und Angst, das die politischen und militärischen Entscheidungsträger in Guinea-Bissau verbreiten. Bereits unmittelbar nach dem Putsch hatte Amnesty International die Verschlechterung der Menschenrechtssituation kritisiert. Medienvertreter und einige Politiker wurden in den Tagen nach dem 12. April von Sicherheitskräften malträtiert, die Bewegungsfreiheit eingeschränkt. Die Menschenrechtssituation bleibt angespannt, das Klima ist von Angst und Einschüchterung geprägt. Mehrfach heizte Indjai die Stimmung weiter an, indem er behauptete, Gomes würde aus dem Ausland einen Gegenputsch in Guinea-Bissau vorbereiten und willige Kräfte vor Ort für diesen Zweck finanziell unterstützen.

Unabdingbar für eine friedliche Beilegung des Konflikts scheint, dass sich die internationalen und nationalen Hauptakteure in der gegenwärtigen Krise auf eine gemeinsame Position einigen. Mit der Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft muss eine gemeinsame Position gefunden werden, auch wenn die Aussichten aktuell schwierig sind. Doch haben Westafrikanische Wirtschaftsgemeinschaft, Europäische Union und USA in der gegenwärtigen Mali-Krise und mit Blick auf den Drogenhandel gemeinsame Interessen. Die Ende Dezember 2012 erfolgte gemeinsame „assessment mission“ von Vertretern der Afrikanischen Union, Westafrikanischen Wirtschaftsgemeinschaft, Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten, den Vereinten Nationen und der Europäischen Union deutet auf eine langsame Annäherung der Positionen hin. In Gesprächen mit Repräsentantinnen und Repräsentanten aus Politik und Zivilgesellschaft in Guinea-Bissau erörterten die Emissäre mögliche Auswege aus der verfahrenen politischen Situation, wozu neben Themen wie Rechtsstaatlichkeit, Wahlen und der Rückkehr zur verfassungsmäßigen Ordnung auch die Reform des Sicherheitssektors zählten. Die PAIGC arbeitet im Parlament wieder mit und unterszeichnete auch auf internationalen Druck den Transitions пакт. Sie beabsichtigt, sich an der Übergangsregierung zu beteiligen. Gleichzeitig gab der umstrittene Yalá den PRS-Parteivorsitz auf. Seit Januar ist eine erweiterte Friedensmission im Gespräch, um auch die Gemeinschaft Portugiesischsprachiger Staaten zu integrieren. Empfehlungen, die aktuelle Übergangsregierung, an der die PAIGC als größte Partei



Kann der PAIGC-Abwehler Nhamadjo als Übergangspräsident doch noch einen allseits akzeptierten Kompromiss herbeiführen? Foto: picture alliance/dpa

nicht beteiligt ist, einfach zu akzeptieren, sind kritisch zu sehen, verstieße eine solche Politik doch auch gegen das Gerechtigkeitsempfinden erheblicher Teile der bissau-guineischen Bevölkerung.⁶ Eine Anerkennung der Übergangsregierung würde ein fatales Signal setzen und Putsche – wie sie in Guinea-Bissau v.a. im letzten Jahrzehnt an der Tagesordnung waren – legitimieren oder, schlimmstenfalls, sogar zu weiteren Eingriffen des Militärs in die Politik einladen. Dies scheint die Signalwirkung in der Vergangenheit gewesen zu sein, hat die internationale Gemeinschaft Eingriffe des Militärs in politische Entscheidungen doch, wenn auch zähneknirschend, hingenommen. Über den Rückzug der Europäischen Union aus der Sicherheitssektorreform im Jahr 2010 konnten jene Armeeangehörigen, die eine Einschränkung ihrer lukrativen Geschäfte befürchten mussten, erfreut sein. Doch zeichnete sich das Engagement der Europäischen Union von vornherein durch ein gravierendes Problem aus: Die Sicherheitssektorreformmission der Europäischen Union war so konzipiert, dass sie vorbei an den bissau-guineischen Behörden walteten und schalten konnte. Damit entmündigte sich die Regierung nicht nur selbst, sondern es blieb auch der Beigeschmack einer eurozentrischen, neokolonialen Intervention. Fatalerweise ist die Haltung der Europäischen Union gegenüber Putschen in Guinea-Bissau durch Opportunismus geprägt: Als der international wenig beliebte Yalá 2003 durch das Militär abgesetzt wurde, akzeptierte – nicht allein – die Europäische Union die einge-

setzte Übergangsregierung, was zwar auf weite internationale Zustimmung stieß, die PRS aber sehr verärgerte. Ein solch realpolitisches Verhalten trägt nicht zur Glaubwürdigkeit bei. Wir erleben momentan einen inkonstitutionellen Regimewechsel unter umgekehrten politischen Vorzeichen, wobei dieses Mal die PRS als (zumindest vorläufige) Siegerin erscheint.

Damit sei nicht in Abrede gestellt, dass Reformen wie eine Sicherheitssektorreform – bzw. deren Fortführung – dringend erforderlich sind, und hier scheinen sich Hauptakteure, allerdings vermutlich mit Ausnahme weiter Teile des bissau-guineischen Militärs, einig zu sein. Augenmerk muss hier allerdings auf Art und Form der Implementierung gelegt werden. Die Sicherheitssektorreform-Mission der Europäischen Union scheiterte ja u.a. an einem Mangel an „local ownership“ (d.h. die Übertragung von Entscheidungskompetenzen an bissau-guineische Personen und Institutionen). Es gilt aus der Vergangenheit zu lernen und dem bislang primär rhetorischen Anspruch, mit einer solchen Reform „local ownership“ zu garantieren, gerecht zu werden: Durch breit gefächerte Einbindung der Rezipienten von Sicherheit und niedriger Ränge in den Sicherheitskräften – nicht nur, wie häufig im Kontext von Entwicklungszusammenarbeit, kanalisiert über Nichtregierungsorganisationen und Entscheidungsträger –, könnte ein höherer Grad von Legitimität erreicht und der Ruch der Oktroyierung einer solchen Reform durch ausländische Mächte vermieden werden. Das könnte die Abwehrreaktionen aus dem sehr komplexen, von persönlichen Freundschaften und Animositäten geprägten politischen und militärischen System Guinea-Bissaus reduzieren. Die Wichtigkeit solcher vertrauensbildenden Maßnahmen gilt umso mehr für große Teile der wenig gebildeten und sozial wie finanziell marginalisierten Militärs. Offen bleibt, ob ausschließlich eine Erhöhung der niedrigen Solde, zumal der Eingangsbeholdung, das Problem der Korruption und Verselbstständigung der Armee beseitigen kann, da entsprechende Praktiken tief verankert sind. Für die vielen wenig gebildeten und schlecht ausgebildeten Soldaten scheinen mit der Mitgliedschaft im Militär Prestige und Macht verbunden, die sie nutzen, um ihre Familien- und Klientelnetzwerke zu nähren – deshalb wohl auch die intergenera-

Anmerkungen

- 1 „Partido da Renovação Social“.
- 2 „Partido Africano da Independência da Guiné e Cabo Verde“.
- 3 „Missão de Segurança de Angola na Guiné-Bissau“.
- 4 Entsprechend äußerten sich mir gegenüber Bekannte aus Guinea-Bissau, und auch Medien berichteten im Verlauf der jüngsten Krise über eine entsprechende Einstellung sehr vieler Bissau-Guineer, ohne dass sich dies jedoch quantifizieren ließe.
- 5 „Union Économique et Monétaire Ouest Africaine“.
- 6 Entsprechend äußerten sich mir gegenüber Bissau-Guineer/innen; auch Aussagen von Teilen der Zivilgesellschaft sowie von Individuen und Bloggern im Internet lassen auf diese Einstellung schließen (siehe z.B. unter <http://ditaduradoconsenso.blogspot.de> (14.1.13)).

tionale Reproduktion der Balanta-Dominanz im Militär. In dieser „Big Man“-Logik mit der ihr innewohnenden Negierung der Idee eines bürokratisch-rationalen Rechtsstaates nach europäisch-amerikanischem Muster kann durch Drogenhandel erwirtschafteter Reichtum, wenn er in klientelistischen Netzwerken redistribuiert wird, soziale Anerkennung erzielen. Lediglich ein längerfristiges, partnerschaftliches Engagement der internationalen Gemeinschaft im Rahmen einer Reform des Sicherheitssektors unter Beachtung von „local ownership“, vermag zu einer Professionalisierung der Sicherheitskräfte – einschließlich einer verbesserten Personalauswahl und Ausbildung – und der Justiz – auch um der weitgehenden Rechtlosigkeit im Falle politisch motivierter Vergehen entgegenzutreten – beizutragen.

Umsicht ist im Umgang mit Angola geboten: Keinesfalls sollten sich die Akteure jedoch vor den Karren Angolas spannen lassen, das – so lässt sich vermuten – den „ehrlichen Makler“ vorgibt, um eigene Interessen zu verfolgen. Aufgrund seines Erdölreichtums und seiner zumindest in der Hauptstadt boomenden Wirtschaft übt Angola international eine große Anziehungskraft aus – zumal auf das krisengeschüttelte Portugal, von wo viele Menschen auf der Suche nach Arbeit in die ehemalige portugiesische Kolonie aufbrechen. Jedoch dürfen hierbei nicht Korruption und der grassierende Nepotismus sowie gravierende Menschenrechtsverletzungen und offensichtliche autokratische Strukturen – wie sie die jüngsten Wahlen erneut vor Augen führten – ignoriert werden.

HSFK-Standpunkte

erscheinen mindestens sechsmal im Jahr mit aktuellen Thesen zur Friedens- und Sicherheitspolitik.

Die HSFK, 1970 als unabhängige Stiftung vom Land Hessen gegründet und seit 2009 Mitglied der Leibniz-Gemeinschaft, arbeitet mit rund 50 wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern in vier Programmbereichen zu den Themen „Sicherheits- und Weltordnungspolitik von Staaten“, „Internationale Organisationen und Völkerrecht“, „Private Akteure im transnationalen Raum“ sowie „Herrschaft und gesellschaftlicher Frieden“. Der Programmbereich „Information und Wissenstransfer“ vereint das Projekt „Akademisches Friedensorchestr Nahost“, die „Schlangenbader Gespräche“, das „Friedensgutachten“ sowie die Institutsbibliothek und die Angebote der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit. Zudem arbeiten in der HSFK die programmungebundenen Forschungsgruppen „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“ und „Normativität im Streit: Normkonflikte im globalen Regieren“.

Die Arbeit der HSFK ist darauf gerichtet, die Ursachen gewaltsamer internationaler und innerer Konflikte zu erkennen, die Bedingungen des Friedens als Prozess abnehmender Gewalt und zunehmender Gerechtigkeit zu erforschen sowie den Friedensgedanken zu verbreiten. In ihren Publikationen werden Forschungsergebnisse praxisorientiert in Handlungsoptionen umgesetzt, die Eingang in die öffentliche Debatte finden.

Hessische Stiftung Friedens- und Konfliktforschung
Baseler Str. 27-31, 60329 Frankfurt am Main
Postvertriebsstück D 43853, Entgelt bezahlt, ISSN-0945-9332

Fazit

Die verfahrenere politische Situation in Guinea-Bissau ist durch gegensätzliche Interessen externer Akteure, die jeweils eigene spezifische Interessen verfolgen und Allianzen zu unterschiedlichen Gruppierungen und Persönlichkeiten etablieren, wesentlich verschlimmert worden. Ein Kompromiss beider Lager, der weder einseitig den Umsturz vom April 2012 anerkennt, noch Parlamentswahlen – die ohnehin fällig gewesen wären – ausschließt, ist unumgänglich. Eine Kooperation – wie sie jüngst angebahnt wurde – würde auch die Gefahr weiterer Putsche – die aktuell durchaus möglich sind – vermindern helfen. Könnte man doch auf diese Weise das Hauptaugenmerk einer demokratisch legitimierte Politik besser auf eine friedliche Entwicklung und sozio-ökonomische Teilhabe möglichst breiter Bevölkerungsschichten

richten. Einschränkend muss hinzugefügt werden, dass eine Sicherheitssektorreform allein kaum im Stande wäre, alle Probleme Guinea-Bissaus zu beseitigen. Positiv könnte sicherlich die Förderung von qualitativ hochwertiger Bildung ab dem Primarschulbereich sein – unter maßgeblicher Einbeziehung der „local owners“.



Dr. Christoph Kohl ist wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Forschungsgruppe „Politische Globalisierung und ihre kulturelle Dynamik“ an der HSFK. Er beschäftigt sich u.a. mit

Sicherheitssektorreformen, Kreolisierungs- und Nationsbildungsprozessen.

V.i.S.d.P.: Karin Hammer, Redakteurin an der HSFK, Baseler Straße 27-31, 60329 Frankfurt am Main, Telefon (069) 959104-0, Fax (069) 558481, E-Mail: info@hsfk.de, Internet: www.hsfk.de.

Für den Inhalt der Beiträge sind die Autorinnen und Autoren verantwortlich. Ein Nachdruck ist bei Quellenangabe und Zusendung von Belegexemplaren gestattet. Der Bezug der HSFK-Standpunkte ist kostenlos, Unkostenbeiträge und Spenden sind jedoch willkommen. Bitte geben Sie Ihre Adresse für die Zuwendungsbestätigung an.

Bankverbindung: Frankfurter Sparkasse, BLZ 500 502 01, Konto 200 123 459

Design: David Hollstein · Layout: HSFK · Druck: Henrich Druck + Medien GmbH

ISSN 0945-9332